



Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

EU-INFORMATIONEN

Aktuelles aus Brüssel und Bremen

Ausgabe 1 Februar 2009

www.europa.bremen.de

Inhaltsverzeichnis

Europa Aktuell	4
Bremen wählt Europa	4
Offizieller Start des Europäischen Jahrs der Kreativität und Innovation 2009.....	4
Institutionelles.....	5
Empfehlungen der Kommission für eine dauerhafte wirtschaftliche Erholung.....	5
Positive Bilanz der Entbürokratisierung der EU	6
Finanzen.....	7
Inflation: In Europa sinken die Preise.....	7
Beschäftigung, Bildung und Soziales	7
Bericht der Kommission zu den Beziehungen zwischen den Sozialpartnern in Europa	7
Europäisches Sprachensiegel: Wettbewerb 2009 gestartet.....	8
Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung	8
EU und China wollen Zusammenarbeit beim Kampf gegen Produkt- und Markenpiraterie verstärken	8
Umwelt und Energie	9
Bremen tritt Klimaallianz europäischer Städte bei.....	9
EU-Kommission legt Vorschläge für ein Kyoto-Nachfolgeabkommen vor.....	10
Verkehr und Stadtentwicklung.....	11
Grünbuch zur Zukunft der transeuropäischen Verkehrsnetze vorgestellt	11
Mitteilungen der EU-Kommission: Strategische Ziele der europäischen Seeverkehrspolitik bis 2018, Aktionsplan für einen Europäischen Seeverkehrsraum ohne Grenzen	12
Gesundheit und Verbraucherschutz	13
Elektromagnetische Felder von Handys – Untersuchung von Gesundheitsgefahren	13
Energie, Bankwesen und öffentlicher Verkehr aus Verbrauchersicht verbesserungsfähig.....	14
Europäische Notrufnummer 112 funktioniert nun in allen EU-Mitgliedstaaten	15
Justiz und Inneres	16
EU will Kinder besser vor sexueller Gewalt schützen	16
Informationsgesellschaft, Medien und Kultur	17
Europäische Filmförderung jetzt auch weltweit	17
Kommission verlängert Beihilfenvorschriften für die Filmförderung bis 2012.....	18
Neuer Literaturpreis der Europäischen Union.....	19

Urban Atlas - Digitaler Städte-Atlas steht zur Verfügung	20
Ausschuss der Regionen.....	20
78. Plenartagung des Ausschusses der Regionen	20
Sitzung der AdR-Intergroup „Nordsee – Ärmelkanal“	21
Redaktion	22
Bereich Europa.....	22

Europa Aktuell

Bremen wählt Europa

Die Kampagne „Bremen wählt Europa“ läuft nun auf Hochtouren. Nach der Formationsphase in den vergangenen Monaten zählt das Bündnis inzwischen 37 Bremische Einrichtungen, die bis zum 7. Juni 2009 ein gemeinsames Ziel verfolgen: **Bremer Bürgerinnen und Bürger für die Beteiligung an der Wahl zum Europäischen Parlament zu motivieren.**

Die Website www.bremen-waehlt-europa.de hat sich als zentrale Plattform des Bündnisses bewährt und dient dem Austausch zwischen den Unterstützern, als Informationsmedium für Interessierte und bietet Einsicht in die Arbeit des Organisationsausschusses. Im Downloadbereich können sich alle Unterstützer und Interessierte das **Logo der Kampagne** herunterladen und damit für eine Erhöhung der Wahlbeteiligung werben.

Außerdem steht auf der Website ein **Flyer** zur Verfügung, der allgemeine Informationen zu den Wahlen sowie zur Bremer Kampagne bietet. Alle Interessierten und Unterstützer können sich diesen Flyer gerne in der Europaabteilung in gewünschter Menge abholen, um ihn zu verteilen oder auszulegen.

Zusammen mit dem Bremer Rapper Flowin' Immo hat die Senatorin für Bildung und Wissenschaft, Frau Jürgens-Pieper, einen Wettbewerb für SchülerInnen ausgerufen, der dazu einlädt, ein „**Lied für Europa**“ zu komponieren und zu texten. Auch die Ausschreibung zu diesem Wettbewerb sowie die genauen Teilnahmebedingungen können der Kampagnen-Website entnommen werden.

Im Frühjahr werden **viele interessante Veranstaltungen** im Rahmen der Kampagne stattfinden, so u.a. eine Matinée „50 Tage bis zur Wahl“ am 19. April im Foyer des Theater am Goetheplatz, eine kulturpolitische Diskussion im Schauspielhaus am 17. Mai (jeweils 11:30 Uhr) und eine Podiumsdiskussion mit den WahlkandidatInnen in Kooperation mit dem Weser Kurier und dem Funkhaus Europa. Weitere Veranstaltungen und detaillierte Informationen können der Kampagnen-Website entnommen werden.

Natürlich sind weitere **Unterstützer in dem Bündnis willkommen**. Dies richtet sich an alle gesellschaftlichen Bereiche und **insbesondere auch an Bremische Unternehmen**, die wichtige Multiplikatoren für die Kampagne sind.

Interessenten können sich jederzeit in Verbindung setzen mit:
Dr. Katja Eichler, SUBE/Europaabteilung unter 0421-361-10841 oder
katja.eichler@europa.bremen.de

Offizieller Start des Europäischen Jahrs der Kreativität und Innovation 2009

Am 7. Januar 2009 wurde unter tschechischem EU-Ratsvorsitz gemeinsam mit der Europäischen Kommission offiziell das Europäische Jahr der Kreativität und Innovation 2009 unter dem Motto „Entwerfen. Entwickeln. Erneuern.“ ausgerufen.

Hiermit wird das Ziel verfolgt, kreative und innovative Ansätze in verschiedenen Bereichen zu fördern und dazu beizutragen, die Europäische Union für die künftigen Herausforderungen in einer globalisierten Welt zu rüsten.

Das Europäische Jahr der Kreativität und Innovation soll für die Bedeutung von Kreativität und Innovation in der persönlichen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung sensibilisieren. Zudem soll es eine politische Diskussion darüber anstoßen, wie das kreative und innovative Potenzial Europas gesteigert werden kann. Wie schon bei früheren Europäischen Jahren zu anderen Themen wird auch dieses Jahr von Werbekampagnen, Veranstaltungen und Initiativen auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene flankiert.

Es wurde eine Website eingerichtet, auf der während des ganzen Jahres Neuigkeiten, Hinweise auf Veranstaltungen und Aktivitäten, politische Texte, allgemeine Texte für die Öffentlichkeit, Ergebnisberichte zu einzelnen Aktivitäten und separate Webseiten der an dem Europäischen Jahr beteiligten Partner veröffentlicht werden. Ein gesonderter Bereich wird den Aktivitäten in den Mitgliedstaaten und den zwei Dutzend Botschaftern des Jahres gewidmet sein. Zu den geplanten Aktivitäten gehört eine groß angelegte Konferenz über den Beitrag der EU-Finanzierungsprogramme zu Kreativität und Innovation, die Anfang März in Brüssel stattfindet.

Ebenfalls in Brüssel sollen sechs öffentliche Diskussionen über zentrale Themen im Zusammenhang mit Kreativität und Innovation abgehalten werden, die als Plattform für Reflexion und den Austausch von Ideen dienen sollen. Die Diskussionen werden unter anderem Themen wie kulturelle Vielfalt, öffentlicher Sektor, Bildung und Erziehung, Wissensgesellschaft, nachhaltige Entwicklung sowie kreative Künste und Kreativindustrie abdecken.

Weitere Informationen:

<http://www.ejki2009.de/>

<http://www.create2009.europa.eu/>

Institutionelles

Empfehlungen der Kommission für eine dauerhafte wirtschaftliche Erholung

Die Kommission hat die länderspezifischen Berichte und Empfehlungen auf der Grundlage der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung angenommen. Die Empfehlungen sollen dazu beitragen, dass das Europäische Konjunkturprogramm solide Grundlagen für die Zukunft legt und hilft, die gegenwärtige Wirtschaftskrise zu bewältigen. In den Länderkapiteln werden die Fortschritte der einzelnen Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Wachstums- und Beschäftigungsstrategie unter Berücksichtigung der durch die Krise geschaffenen Lage analysiert und förmliche Empfehlungen vorgeschlagen, die dem Europäischen Rat auf seiner Frühjahrstagung im März vorgelegt werden. Die Kommission hat auch Berichte mit einer ausführlichen Darstellung der spezifischen makro- und mikroökonomischen sowie der beschäftigungspolitischen Fortschritte bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie angenommen.

Angesichts der außergewöhnlichen Lage sind die Länderkapitel dieses Jahr kürzer und bündiger gefasst als in den Vorjahren. Sie enthalten Vorschläge für länderspezifische Empfehlungen, die vom Europäischen Rat befürwortet und dann vom Rat angenommen werden sollen und mit dieser Annahme rechtsverbindlich werden. Damit würden die Mitgliedstaaten wie in den vergangenen Jahren auf Vorschlag der Kommission gemeinsam die Bereiche bestimmen, in denen die einzelnen Mitgliedstaaten vorrangig handeln müssen, um ihre Wirtschaft mittelfristig zu stärken.

Den Länderkapiteln sind Berichte über die generelle Umsetzung der Strategie beigelegt, die die Folgen der Finanzkrise für die Realwirtschaft widerspiegeln. Trotz eines insgesamt getrübtten Bildes werden auch einige positive Punkte hervorgehoben. Die meisten Mitgliedstaaten unterstützen beispielsweise auf der makroökonomischen Ebene kleine und mittlerer Unternehmen dabei, die mit einer schadstoffarmen und ressourcenschonenden Wirtschaft verknüpften Chancen zu nutzen, und ergreifen Maßnahmen, um ihnen den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern. Eine Politik zur Förderung der schnellstmöglichen Wiedereingliederung entlassener Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt ist unabdingbar, um die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt möglichst gering zu halten.

Zusammen mit den Maßnahmen des Konjunkturprogramms und dem Bericht über das Lissabon-Programm, die am 16. Dezember 2008 angenommen wurden, bilden die Länderkapitel und die beigelegten Berichte den Jährlichen Fortschrittsbericht. Ausführliche Länderanalysen, mit denen die Schlussfolgerungen und Empfehlungen untermauert werden, wurden den Empfehlungen als Arbeitspapier der Kommissionsdienste beigelegt.

Der vollständige Wortlaut der Berichte sowie weitere Hintergrundinformationen zur Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung sind erhältlich unter:

http://ec.europa.eu/growthandjobs/index_de.htm

Positive Bilanz der Entbürokratisierung der EU

Seit Oktober 2005 unternimmt die EU-Kommission im Rahmen des so genannten Vereinfachungsprogramms 2005-2009 erhebliche Anstrengungen zur Reduzierung von europäischen Rechts- und Verwaltungsvorschriften durch Änderung und Anpassung oder durch ihre vollständige Aufhebung. In dieser Zeit ist der gemeinschaftliche „Besitzstand“ an europäischen Vorschriften um fast 10 % reduziert worden und zwar um etwa 1.300 Rechtsvorschriften und 7.800 Seiten des Europäischen Amtsblatts.

Die Verringerung der Verwaltungslasten hat auch erhebliche finanzielle Auswirkungen und die Kommission geht davon aus, dass z.B. im Bereich des Steuerrechts und des Gesellschaftsrechts eine Einsparung von rund 8 Mrd. € erreicht werden konnte. Weitere Vereinfachungen sind geplant im Bereich der Lebensmittelsicherheit, der Arbeitsplatzumgebung, der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Beihilfen und im Verkehrsbereich, da jeder dieser Bereiche erhebliche Verwaltungskosten verursache, die insgesamt zwischen 3 und 5,7 Mrd. € liegen.

Siehe auch „Dritter Fortschrittsbericht über die Strategie des ordnungspolitischen Umfeldes“ unter:

http://ec.europa.eu/governance/better_regulation/documents/com_2009_0017_de.pdf

Aktuelles „Arbeitsdokument der Kommission über die Verringerung der Verwaltungslasten“ unter:

http://ec.europa.eu/governance/better_regulation/documents/com_2009_0016_de.pdf

Finanzen

Inflation: In Europa sinken die Preise

Die Inflation befindet sich in Europa auf dem Rückzug. Die Jahresrate lag im Dezember für die Eurozone bei 1,6 %, nach 2,1 % im November. Das entspricht in etwa auch dem Ziel der Europäischen Zentralbank: Sie strebt eine Rate von etwas unter 2 % an. Für die gesamte EU lag die Teuerung bei 2,2 % (zuletzt: 2,8). Gestiegen sind zuletzt noch die Kosten für Wohnen, deutlich gesunken sind die Preise für Benzin und Diesel.

Damit ist in kurzer Zeit die Inflationsrate insgesamt drastisch zurückgegangen: Noch im September 2008 betrug sie für die Euro-Zone 3,6 %.

Weitere Informationen:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu>

Beschäftigung, Bildung und Soziales

Bericht der Kommission zu den Beziehungen zwischen den Sozialpartnern in Europa

Die Europäische Kommission hat Anfang Februar 2009 einen Bericht zu den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der EU und insbesondere zum „Sozialen Dialog 2008“ vorgelegt. Der Bericht "Industrial Relations 2008" bezieht sich auf das Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Verhältnis und untersucht u.a. die globale Perspektive der europäischen Beziehungen der Sozialpartner, ihre Beziehungen in Verbindung mit Lohnverhandlungen, mit der Debatte um den Mindestlohn und die Entwicklungen und konkrete Durchführung des „Europäischen sozialen Dialogs“.

Dieser Bericht bietet auch einen Überblick über den Grad der gewerkschaftlichen Organisation von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen in den Mitgliedstaaten der EU, der sehr unterschiedlich ausfällt: von 8 bis zu 80 % der Arbeitnehmer. Deutschland liegt mit unter 25 % im letzten Drittel. Die Mitgliedszahlen in Arbeitgeberorganisationen erscheinen stabil, sie reichen von 20 bis 100 %, Deutschland ist hier mit etwas über 60 % im oberen Drittel zu finden. Kollektivverhandlungen spielen

danach weiter eine große Rolle: für fast zwei Drittel der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der EU galten im Jahr 2006 entsprechende Tarifverträge.

Eine der Schlussfolgerungen dieses Berichts bezieht sich auf die Aussage, dass mit einem strukturierten Dialog zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern die Wirtschaftskrise in der EU besser bewältigt werden könne. Eine starke Sozialpartnerschaft könne zu Lösungen der aktuellen Probleme in Verbindung mit der Wirtschaftskrise beitragen.

Bericht und weitere Informationen zum „Sozialen Dialog“:
<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=329&langId=de>

Europäisches Sprachensiegel: Wettbewerb 2009 gestartet

Seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre setzt sich die EU-Kommission verstärkt dafür ein, im zusammenwachsenden Europa die Vielfalt der Sprachen zu erhalten und den Fremdspracherwerb der Bürger zu fördern. Dahinter steht einerseits das beschäftigungspolitische Ziel, durch größere und vor allem grenzüberschreitende Mobilität der Bürger die Wirtschaft Europas zu stärken, andererseits das interkulturelle Ziel, durch den Abbau von Vorurteilen das Zusammenwachsen Europas voranzutreiben.

Der Wettbewerb „Europäisches Sprachensiegel“ zielt darauf ab, solche Projekte zu identifizieren und zu prämiieren, die auf nachahmenswerte und innovative Weise Menschen an das Fremdsprachenlernen heranführen, Fremdsprachenkenntnisse auf den unterschiedlichsten Niveaus vermitteln bzw. sich für eine Verbesserung des Fremdsprachenunterrichts auf Beispiel gebende Weise engagieren.

Der Wettbewerb wird in diesem Jahr vom Pädagogischen Austauschdienst (PAD) der KMK durchgeführt. Bis zum 15. Juni 2009 können Projekte und Initiativen ihre Beiträge zum Thema: "Mehrsprachigkeit: Trumpfkarte Europas – Kreativität und Innovation beim Fremdsprachenlernen und –lehren" einreichen.

Weitere Informationen zum Thema und zu den Wettbewerbsbedingungen sowie das gültige Bewerbungsformular finden Sie auf der Website des PAD:
<http://www.kmk-pad.org/ess/ueber-den-wettbewerb>

Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung

EU und China wollen Zusammenarbeit beim Kampf gegen Produkt- und Markenpiraterie verstärken

Die Europäische Kommission und China haben jetzt einen Aktionsplan für den Ausbau der Zusammenarbeit der Zollbehörden beim Kampf gegen Produkt- und Markenpiraterie unterzeichnet. Der Plan umfasst unter anderem die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die den Warenstrom zwischen China und der EU untersuchen soll,

einen Informationsaustausch über Gefahren für die Rechte des geistigen Eigentums, eine operative Zusammenarbeit zwischen den wichtigsten Häfen und Flughäfen, den Austausch von Beamten und den Aufbau von Partnerschaften mit Privatunternehmen in China, um verdächtige Sendungen besser aufspüren zu können. Der Aktionsplan gilt als deutliches politisches Signal für die Bereitschaft der EU, China bei seinen Anstrengungen auf diesem Gebiet zu unterstützen. Umgekehrt wird laut Kommission die Bereitschaft Chinas zur internationalen Zusammenarbeit mit dem Ziel einer messbaren Eindämmung der Produkt- und Markenpiraterie daran gemessen werden, wie stark es sich für die Umsetzung des Aktionsplans einsetze. Der Schutz der Rechte des geistigen Eigentums sei für den Erfolg der Zusammenarbeit zwischen der EU und China in Wirtschaft und Handel entscheidend. Wenn keine wirksamen Rechtsvorschriften zu Bekämpfung der Produkt- und Markenpiraterie angewandt und keine effizienten Kontrollen vorgenommen würde, sei die EU nicht bereit, der chinesischen Wirtschaft umfassende Handelserleichterungen zu gewähren. Zwar seien bereits Fortschritte erzielt worden; so gleiche China seine Zollvorschriften an die der EU an und habe die Kontrollen zum Schutze der Rechte des geistigen Eigentums verstärkt. Dennoch stammten nach Angaben der Kommission rund 60 % der an den Grenzen der EU abgefangenen Waren aus China.

Die Importe aus China in die EU haben in den letzten fünf Jahren um 21 % pro Jahr zugenommen, in den ersten neun Monaten des letzten Jahres gingen die Zuwachsraten zurück. Im Jahr 2007 importierte die EU aus China Waren im Wert von 232 Mrd. €.

Weitere Informationen über die Zoll-Zusammenarbeit mit China und die Bekämpfung der Produkt- und Markenpiraterie:

http://ec.europa.eu/taxation_customs/customs/policy_issues/international_customs_agreements/china/index_de.htm

http://ec.europa.eu/taxation_customs/customs/customs_controls/counterfeit_piracy/index_de.htm

Informationen zum Handel mit China unter (englisch):

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/40&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Umwelt und Energie

Bremen tritt Klimaallianz europäischer Städte bei

Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa, Dr. Reinhard Loske hat für Bremen den europäischen Bürgermeisterkonvent („Covenant of Mayors“) unterzeichnet. Die 350 Städte, die im Beisein von EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso am 10. Februar 2009 in Brüssel dem Konvent beigetreten sind, verpflichten sich, die von der EU bis 2020 angestrebte Verringerung der CO₂-Emissionen um 20 % noch zu übertreffen. Dies soll u. a. durch die Erarbeitung eines „Energie-Aktionsplanes“ und die Organisation von Energietagen zur Mobilisierung der Bevölkerung für die Problematik gelingen.

Senator Dr. Reinhard Loske sagte anlässlich der Unterzeichnung: „Die klimapolitischen Ziele der Europäischen Union können nur erreicht werden, wenn die europäischen Städte Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen entwickeln und diese gemeinsam mit den Bürgern umsetzen. Der Bürgermeisterkonvent bietet eine hervorragende Möglichkeit, sich mit anderen Kommunen über einen klimafreundlichen Stadtumbau auszutauschen und Partner für europäische Projekte zu finden. Zugleich ist die Unterzeichnung ein Ansporn für uns, das gesetzte Ziel auch wirklich zu erreichen.“

Die Mitwirkung im Bürgermeisterkonvent ist Bestandteil des Bremer Aktionsprogramms Klimaschutz 2010. Der Senat hat Mitte Dezember den Beitritt Bremens zur Klimaallianz der europäischen Städte beschlossen.

Den Text des Konvents der Bürgermeister entnehmen Sie dem folgendem Link: http://ec.europa.eu/energy/sustainable/doc/covenant_de.pdf

Mittlerweile gibt es auch eine Internetseite, die Informationen über die beteiligten Städte enthält und über Aktivitäten im Rahmen des „Covenant of Mayors“ informiert (englisch):

www.eumayors.eu

EU-Kommission legt Vorschläge für ein Kyoto-Nachfolgeabkommen vor

Im Dezember 2008 haben sich die Staats- und Regierungschefs im Rahmen des Gipfeltreffens auf die Bedingungen für den Abschluss des Klima- und Energiepaketes geeinigt. Dieser Einigung hat das Europäische Parlament am 17. Dezember 2008 zugestimmt.

Auf der Grundlage dieser Einigung hat die EU-Kommission nun eine Mitteilung vorgelegt, in der sie ihre Vorschläge für ein umfassendes Klimaschutzabkommen und dessen Finanzierung darlegt. Dieses globale Abkommen, das im Dezember 2009 im Rahmen der UN-Klimaschutzkonferenz in Kopenhagen verhandelt wird, soll weltweite Ziele zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen ab 2013 festlegen und die Staaten in die Lage versetzen, sich besser an den Klimawandel anzupassen.

In der Mitteilung werden folgende konkrete Vorschläge zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen gemacht:

Berücksichtigung der Emissionen des Luft- und Schiffverkehrs: Die Emissionen des internationalen Luft- und Schiffverkehrs, die bislang nicht im Kyoto-Protokoll berücksichtigt wurden, sollen in das Kopenhagen-Abkommen aufgenommen werden. Zielsetzung ist eine Reduzierung der Emissionen bis 2050 unter die Werte des Jahres 1990. Die Kommission macht darauf aufmerksam, dass sie eigenständige Lösungen für die Reduzierung von Schiffemissionen finden wird, sollte es zu keiner internationalen Einigung kommen.

Stärkere Förderung von globalen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben: Die EU-Kommission fordert zudem eine stärkere Förderung der Erforschung und Entwicklung von CO₂-emissionsarmen Technologien. Dazu wäre weltweit eine

Verdoppelung der Ausgaben bis 2012 in diesem Bereich erforderlich. Auch die Erforschung der Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels muss stärker gefördert werden.

Anpassung an den Klimawandel: Mit dem Kopenhagen-Abkommen soll ein Rahmen geschaffen werden, der die Länder bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützt. In diesem Zusammenhang schlägt die EU-Kommission vor, einen Teil der künftigen Einnahmen aus der Versteigerung der Gutschriften aus dem EU-Emissionshandelssystem zur Unterstützung von Entwicklungsländern zu verwenden.

Finanzierung der Emissionsminderungen: Die EU-Kommission fordert, dass das Abkommen von Kopenhagen mit ausreichenden Mitteln zu seiner Umsetzung ausgestattet werden muss. Eine Möglichkeit, diese Mittel freizusetzen, wäre die **Schaffung eines globalen CO₂-Marktes**. Die Kommission betont deutlich, dass staatliche Emissionshandelssysteme eines der wirksamsten Instrumente zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen sind. Bis 2015 soll ein OECD-weiter CO₂-Markt aufgebaut werden, in dem das bestehende EU-Emissionshandelssystem mit vergleichbaren Handels- und Begrenzungsregelungen verknüpft wird. Bis 2020 soll dieser CO₂-Markt auf die wirtschaftlich stärksten Schwellenländer ausgeweitet werden. Die Mittel, die auf diese Weise erschlossen werden können, sollen in Klimaschutzprojekte fließen.

Im Rahmen des Frühjahresgipfels werden die Staats- und Regierungschefs am 19./20. März über diese Mitteilung beraten. Dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament ist sie zur Befassung zugeleitet worden.

Weiterführende Informationen entnehmen Sie folgender Pressemitteilung unter:
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/141&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die deutsche Fassung der Mitteilung finden Sie unter:
http://ec.europa.eu/environment/climat/pdf/future_action/communication_de.pdf

Verkehr und Stadtentwicklung

Grünbuch zur Zukunft der transeuropäischen Verkehrsnetze vorgestellt

Die EU-Kommission hat das Grünbuch „Ein besser integriertes transeuropäisches Verkehrsnetz im Dienst der gemeinsamen Verkehrspolitik“ vorgelegt, das sich mit den zukünftigen Herausforderungen im Bereich des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) befasst.

Demnach bedürfe die transeuropäische Verkehrspolitik vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen (Klimawandel, verstärkte Verkehrsanbindung der EU-Staaten untereinander und an ihrer äußeren Nachbarn) sowie der Tatsache, dass zahlreiche europäische Verkehrsprojekte nur mit sehr großer Verzögerung fertig gestellt würden, einer grundsätzlichen Überarbeitung. Im Grünbuch werden unterschiedliche Ansätze zur Neuordnung vorgestellt (stärkere Konzentration auf besonders wichtige

Vorhaben, die stärkere Verzahnung von europäischen und nationalen Projekten oder die Beibehaltung der bisherigen Förderpolitik).

Mitgliedstaaten, Regionen, Verbände oder Einzelpersonen können sich bis zum 30. April 2009 zu den im Grünbuch aufgeworfenen Fragestellungen und Optionen für die Weiterentwicklung der transeuropäischen Verkehrsnetze äußern. Rückmeldungen müssen an folgende E-Mail-Adresse gerichtet werden:
TREN-B1-GREEN-PAPER-TEN-T@ec.europa.eu

Alternativ kann auch der folgende Fragebogen ausgefüllt werden:
<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=TRENB1GREENPAPER>

Die komplette deutsche Fassung des Grünbuchs kann dem beigefügten Link entnommen werden:
http://ec.europa.eu/transport/infrastructure/basis_networks/guidelines/doc/green_paper_de.pdf

Parallel dazu erarbeitet das Europäische Parlament derzeit einen Initiativbericht zur Zukunft der transeuropäischen Netze, der voraussichtlich in der Plenarsitzung im April beraten werden soll.

Mitteilungen der EU-Kommission:

Strategische Ziele der europäischen Seeverkehrspolitik bis 2018, Aktionsplan für einen Europäischen Seeverkehrsraum ohne Grenzen

Die Europäische Kommission hat am 21. Januar 2009 eine umfassende Strategie für die kommenden 10 Jahre zur Förderung eines sicheren, sauberen und effizienten Seeverkehrs vorgestellt sowie einen Aktionsplan zur Errichtung eines Europäischen Seeverkehrsraums ohne Grenzen verabschiedet.

Zentrale Anliegen des Strategieplans sind die langfristige Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Seeverkehrs und der zugehörigen maritimen Industrien auf den Weltmärkten sowie die Vorbereitung des gesamten Seeverkehrssystems auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Die Maßnahmen des Aktionsplans umfassen verschiedene Legislativmaßnahmen, unter anderem einen Vorschlag zur Vereinfachung der erforderlichen Verwaltungsfomalitäten sowie Empfehlungen an die Mitgliedstaaten zur Reduzierung des Verwaltungsaufwands für die Unternehmen des Seeverkehrsgewerbes.

Die vorgestellten strategischen Optionen beruhen auf einem umfassenden Konzept, das die Grundlage der neuen integrierten europäischen Meerespolitik bildet, und sollen die Grundprinzipien „nachhaltige Entwicklung“, „wirtschaftliches Wachstum“ und „offene Märkte mit fairem Wettbewerb und hohen ökologischen und sozialen Standards“ widerspiegeln.

Für die nächsten 10 Jahre rechnet die Kommission mit einem erheblichen Anstieg sowohl des internationalen als auch des innereuropäischen Seeverkehrs. Daraus folge auch eine erhebliche Zunahme der Schifffahrtsoperationen an sämtlichen

Küsten der Union und beträchtliche Herausforderungen für die nachhaltige Entwicklung der gesamten Transportkette.

Ein strategisches Konzept für die kurz-, mittel- und langfristige Entwicklung der Schifffahrt, der Häfen und der damit zusammenhängenden Sektoren hält die Kommission für eine wesentliche Voraussetzung für eine Straffung der Seeverkehrspolitik der EU, so dass sie den größten Nutzen aus den Chancen der Zukunft ziehen und den anstehenden Herausforderungen bestmöglich begegnen könne.

Der Aktionsplan umfasst Maßnahmen, die bereits im Rahmen des modernisierten Zollkodex eingeleitet wurden, beispielsweise die Vereinfachung der Formalitäten für die Liniendienste der Gemeinschaft, bei denen auch ein Hafen in einem Nachbarland angelaufen wird, aber auch solche, die erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgeschlagen werden sollen, sowie Empfehlungen an die Mitgliedstaaten, um vor allem – immer, wenn die lokalen Bedingungen dies gestatten – die von den verschiedenen Verwaltungsdiensten in den Häfen durchgeführten Inspektionen und Überprüfungen zu koordinieren oder erfahrenen Kapitänen Ausnahmen von der Lotsenpflicht zu gestatten.

Das vollständige Strategiepapier wird demnächst auf folgenden Websites zur Verfügung stehen (englisch):

http://ec.europa.eu/transport/maritime/policy/index_en.htm

http://ec.europa.eu/transport/maritime/studies/index_en.htm

http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/index_en.html

Eine Zusammenfassung der bei der Konsultation der Öffentlichkeit eingegangenen Antworten finden Sie auf folgender Internetseite (englisch):

http://ec.europa.eu/transport/maritime/consultations/2007_12_20_barriers_en.htm

Gesundheit und Verbraucherschutz

Elektromagnetische Felder von Handys – Untersuchung von Gesundheitsgefahren

Der wissenschaftliche Ausschuss der EU „Neu auftretende und neu identifizierbare Gesundheitsrisiken“ (SCENIHR) hat eine Aktualisierung des Berichts „Mögliche Auswirkungen elektromagnetischer Felder (EMF), Funkfrequenzfelder (RF) und Mikrowellenstrahlung auf die Gesundheit“ vorgelegt. Dieser Bericht untersucht, ob Belastungen durch elektromagnetische Felder Erkrankungen oder andere gesundheitliche Schäden hervorrufen können.

Er bestätigt im Grundsatz die Ergebnisse von aktuellen vorliegenden Studien, die keine gesundheitlichen Gefahren nachweisen können, spricht sich jedoch dafür aus, weitere Untersuchungen zu einzelnen Aspekten einer gesundheitlichen Gefährdung durchzuführen. Offene Fragen beziehen sich u.a. noch auf die Wirkungen bei sehr häufigem und langem Gebrauch von Handys (z.B. über 10 Jahre), die Auswirkungen auf Kinder und auf ein ggf. höheres Gesundheitsrisiko bei Alzheimer-Krankheit. Zur

Beratung dieser Fragen hat die Kommission am 11./12. Februar 2009 einen Expertenworkshop durchgeführt.

Informationen über die Arbeit des Ausschusses über die Auswirkungen von elektromagnetischen Feldern:

<http://ec.europa.eu/health/opinions2/de/elektromagnetische-felder/index.htm>

Informationen über den Expertenworkshop sind zu finden unter (englisch):

http://ec.europa.eu/health/ph_risk/ev_20090211_en.htm

Energie, Bankwesen und öffentlicher Verkehr aus Verbrauchersicht verbesserungsfähig

Energie, Bankwesen und Verkehr (Zug, Bus und Straßenbahn) sind drei Dienstleistungsbereiche, die für das tägliche Leben der Menschen von großer Bedeutung sind. Dennoch treten gerade hier die meisten Probleme auf, so ein neuer EU-Bericht, der am 2. Februar 2009 von der Europäischen Kommission veröffentlicht wurde.

Der zweite EU-Jahresbericht „Verbraucherbarometer“ hat über 20 Waren- und Dienstleistungssektoren (darunter Lebensmittel, Bekleidung, Schuhe, Finanzdienstleistungen, Energie und Telekommunikation) unter die Lupe genommen und anhand von fünf verbraucherrelevanten Schlüsselindikatoren – Preise, Wechselmöglichkeiten, Verbraucherzufriedenheit, Beschwerden und Sicherheit – untersucht. Dadurch sollte festgestellt werden, wo am ehesten Marktstörungen auftreten könnten. Im Jahr 2009 will sich die Kommission eingehender mit dem Strommarkt und seinen Bedingungen für die Endverbraucher befassen.

Am wenigsten zufrieden seien die Verbraucher laut Bericht mit dem städtischen und außerstädtischen Verkehr (Zug, Bus und Straßenbahn), mit der Energieversorgung, der Festnetztelefonie und den Postdienstleistungen. In all diesen Sektoren äußerten sich weniger als 60 % der Verbraucher zufrieden.

Energie:

- Weniger als zwei Drittel der Verbraucher sind mit ihrem Energieversorger zufrieden.
- Insbesondere die Strom- und Gasversorgungsdienste schneiden bei den gemeldeten Preiserhöhungen schlecht ab. Über 60 % der Verbraucher berichteten über Preissteigerungen ihres Energieversorgers, dahingegen nur 3-4 % über Preissenkungen.
- Auch in Bezug auf die Vergleichbarkeit des Angebots und die Wechselmöglichkeiten wurde Unzufriedenheit mit den Strom- und Gasversorgern geäußert. Im Energiesektor finde äußerst selten ein Wechsel zu anderen Anbietern statt: nur 7 % der Verbraucher wechselten ihren Gas- und 8 % ihren Stromlieferanten.

Bankwesen:

- Angesichts der vorgelegten Preisinformationen will die Kommission dem Bankwesen mehr Aufmerksamkeit widmen. Sowohl bei den Bankgebühren als auch bei den Zinssätzen seien große Abweichungen zwischen den Mitgliedstaaten zu erkennen. Beispielsweise lägen die angepassten Zinssätze für Verbraucherkredite mit einer Laufzeit von ein bis fünf Jahren zwischen 0,21 % in Schweden und 12,12 % in Estland, wobei auch unter Berücksichtigung der Kapitalkosten Abweichungen verbleiben.
- Das Bankwesen sei ganz besonders problematisch in Bezug auf die Vergleichbarkeit der Angebote, die Wechselmöglichkeiten und das tatsächliche Wechseln. Durchschnittlich 11 % der Privatbankkunden hätten in den letzten zwei Jahren den Anbieter gewechselt. Nur 9 % der Inhaber von Girokonten seien zu einer anderen Bank übergewechselt, und selbst bei den Hypotheken und Anlageprodukten waren es laut Bericht es nur 13 %.

Verkehr:

- Die Nutzer der städtischen und außerstädtischen Verkehrsdienste (Bus, Zug, Straßenbahn) äußerten die geringste Zufriedenheit und hatten die meisten Probleme: weniger als die Hälfte der Verbraucher sind demnach mit diesen Diensten zufrieden. Die Gründe für die Unzufriedenheit hängen vor allem mit dem Preisniveau, der Attraktivität des kommerziellen Angebots, den Kaufprozeduren und der Kundenfreundlichkeit zusammen.
- Ein Viertel der Verbraucher hatte Probleme und beschwerte sich.

Die nächsten Schritte

Der Stromeinzelhandel soll in einer Folgestudie 2009 einer genaueren Untersuchung unterzogen werden, um die Verbrauchersituation unter verschiedenen haushaltsrelevanten Aspekten, z.B. Vergleichbarkeit des Angebots, unlautere Geschäftspraktiken und Rechnungsstellung, zu erhellen.

Weitere Informationen (englisch):

http://ec.europa.eu/consumers/overview/cons_policy/index_en.htm

Europäische Notrufnummer 112 funktioniert nun in allen EU-Mitgliedstaaten

Seitdem die 112 auch in Bulgarien von jedem Telefon aus zugänglich ist, können die EU-Bürgerinnen und Bürger nun seit Mitte Dezember 2008 in der gesamten EU die Notrufdienste über die einheitliche europäische Notrufnummer 112 erreichen.

Die europäische Notrufnummer 112 wurde 1991 zusätzlich zu den nationalen Notrufnummern geschaffen, um die Notrufdienste in allen EU-Mitgliedstaaten leichter erreichbar zu machen. Seit 1998 müssen die Mitgliedstaaten gemäß den einschlägigen EU-Vorschriften gewährleisten, dass alle Nutzer von Festnetz- und Mobiltelefonen den Notruf 112 kostenlos anrufen können. Seit 2003 sind die Netzbetreiber verpflichtet, den Notrufdiensten den Standort des Anrufers zu übermitteln.

Es bleibt weiterhin Raum für Verbesserungen, beispielsweise für Notruf-112-Zentren, die in mehr als einer Sprache kommunizieren oder über einen Dolmetscherdienst verfügen. 17 EU-Länder haben der Kommission mitgeteilt, dass sie Notrufe in anderen EU-Sprachen bearbeiten können. In Deutschland gibt es in den meisten Einsatzzentralen Englisch sprechende Mitarbeiter, in Grenzregionen beherrschen diese oft auch die Sprache des Nachbarlandes.

Im Juni 2008 richtete die Kommission eine Website zur Notrufnummer 112 ein, auf der sich Informationen für Bürger in allen EU-Amtssprachen finden.

Informationen zur europäischen Notrufnummer 112 finden Sie unter:
http://ec.europa.eu/information_society/activities/112/docs/112_de.pdf

Justiz und Inneres

EU will Kinder besser vor sexueller Gewalt schützen

Im Kampf gegen die Ausbeutung von Kindern und gegen Kinderpornografie will die Europäische Kommission neue Initiativen einleiten. Der zuständige EU-Justizkommissar Jacques Barrot erklärte am 3. Februar vor dem Europaparlament in Straßburg, er werde im März einen "ehrgeizigen" legislativen Vorschlag vorlegen, der auf einen besseren Opferschutz und mehr Prävention zielt.

Der EU-Kommissar unterstützte damit einen Entwurf für eine Initiativstellungnahme des Europäischen Parlaments, die am 3. Februar fast einstimmig mit 591 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen angenommen wurde. Gefordert wird darin, den Rahmenbeschluss zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornographie von 2004 zu aktualisieren. Neue Formen der Annäherung an Kinder via das Internet - das so genannte „Grooming“ - haben sich entwickelt, die als Straftaten eingestuft und verfolgt werden müssten. Der Austausch von Informationen über Sexualstraftäter zwischen den Mitgliedstaaten wird ebenso gefordert wie die strafrechtliche Verfolgung des Sextourismus.

Außerdem fordern die Abgeordneten des Europäischen Parlaments den Aufbau eines EU-weiten Frühwarnsystems für verschwundene Kinder. In Europa ist die Zahl verschwundenen Kindern hoch; Schätzungen gehen davon aus, dass in Europa 20 Prozent der Menschen in irgendeiner Form Opfer von sexuellen Übergriffen waren. Kommissar Barrot hat bei den Justiz- und Innenministern der EU eindringlich dafür geworben, in jedem Mitgliedstaat ein Alarmsystem für verschwundene Kinder aufzubauen und diese Systeme dann europaweit zu vernetzen.

Angenommener Text (vorläufige Ausgabe) des Europäischen Parlaments:
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2009-0040&language=DE&ring=A6-2009-0012>

Informationsgesellschaft, Medien und Kultur

EU-geförderte Filme für Oscars nominiert

Sieben von der EU geförderte Filme sind im Februar 2009 ins Rennen um die Academy Awards gegangen. Nominiert für die begehrten Preise sind die Spielfilme „Der Baader Meinhof Komplex“, „Die Klasse“, „Waltz with Bashir“, „Happy Go Lucky“, „Die Herzogin“ und „Slumdog Millionaire“ sowie der Dokumentarfilm „Der Drahtseilakt“. Alle Projekte wurden mit Mitteln aus dem MEDIA-Programm der EU unterstützt.

Allein für diese Filme beläuft sich der Beitrag aus dem MEDIA-Programm auf insgesamt über drei Millionen Euro. Darüber hinaus sollen für den Filmvertrieb weitere Mittel bereitgestellt werden. Schon in den letzten Jahren erhielten mehrere durch MEDIA geförderte europäische Filme die renommierte Auszeichnung. So gewannen die deutsch-österreichische Koproduktion „Die Fälscher“ 2008 und „Das Leben der Anderen“ 2007 einen Oscar für den besten fremdsprachigen Film. Die Fördermaßnahmen von MEDIA kommen neben dem Filmvertrieb auch zahlreichen Festivals, Fortbildungsbereichen und Förderprojekten zu Gute. Neun von zehn europäischen Spielfilmen, die außerhalb ihres Herkunftslandes gezeigt werden, haben Unterstützung aus dem MEDIA-Programm erhalten.

Hauptziel des MEDIA-Programms ist es, die Wettbewerbsfähigkeit des audiovisuellen Sektors in Europa durch die Erleichterung des Zugangs zu Finanzmitteln und die Förderung des Einsatzes von Digitaltechnologien, die Darstellung und Würdigung der kulturellen Identität und des kulturellen Erbes Europas sowie die stärkere Verbreitung europäischer audiovisueller Produktionen in Europa und darüber hinaus zu stärken. 2008 wurden mehr als 1800 Projekte mit insgesamt 107 Millionen Euro durch das MEDIA-Programm gefördert.

Weitere Informationen:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/284&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Europäische Filmförderung jetzt auch weltweit

Die Europäische Kommission hat am 9. Januar 2009 den Vorschlag für ein neues MEDIA-MUNDUS-Programm verabschiedet. Dabei handelt es sich um ein breit gefächertes internationales Kooperationsprogramm für die audiovisuelle Industrie, durch das die kulturellen und kommerziellen Beziehungen zwischen der europäischen Filmindustrie und Filmemachern aus Drittländern ausgebaut werden sollen. Nach Annahme des Programms durch Rat und Europäisches Parlament könnte die EU in den Jahren 2011-2013 Fördermittel in Höhe von 15 Mio. € für Projekte bereitstellen, die von Fachkräften des audiovisuellen Sektors in der EU und in Drittländern vorgelegt werden. Laut Kommission bestehe weltweit großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit der europäischen Filmwirtschaft, wie erste Erfolge der EU-Initiative „Vorbereitende Maßnahme MEDIA International 2008“ zeigten. Im

Rahmen dieser Maßnahme fördert die EU bereits 18 Projekte, an denen auch internationale Partner beteiligt sind, mit insgesamt zwei Mio. €

Weitere Informationen zu MEDIA MUNDUS:

http://ec.europa.eu/information_society/media/mundus/_de/index_de.htm

Kommission verlängert Beihilfavorschriften für die Filmförderung bis 2012

Mit einer Ende Januar 2009 verabschiedeten Mitteilung verlängert die Europäische Kommission die Geltungsdauer der Kriterien für die Vereinbarkeit staatlicher Beihilfen zugunsten von Kinofilmen und anderen audiovisuellen Werken bis zum 31. Dezember 2012. Die Geltungsdauer der Kriterien war bereits 2004 und 2007 verlängert worden.

Anhand der in der Mitteilung zur Filmwirtschaft aus dem Jahr 2001 festgelegten Kriterien prüft die Kommission, ob nationale, regionale und lokale Filmförderungsregelungen mit den EU-Beihilfavorschriften vereinbar sind. In der neuen Mitteilung der Kommission werden außerdem verschiedene Entwicklungen angesprochen, die in der Zukunft eine weitere Mitteilung zur Filmwirtschaft erforderlich machen könnten. In der Europäischen Union fließen jährlich rund 1,6 Mrd. € an Fördergeldern in die Filmwirtschaft.

Zu den neueren Entwicklungen, die in der Mitteilung angesprochen werden, zählen die Förderung von Tätigkeiten über die Film- und Fernsehproduktion hinaus (z.B. Filmvertrieb und digitale Projektion), eine stärker regional ausgerichtete Filmförderung sowie der Wettbewerb zwischen einigen Mitgliedstaaten um ausländische Investitionen großer Filmproduktionsgesellschaften vor allem aus den USA. Diese Entwicklungen könnten nach Auffassung der Kommission zu gegebener Zeit eine Überarbeitung der Prüfkriterien für staatliche Beihilfen erforderlich machen. Aufgrund der Komplexität der Fragestellungen strebt die Kommission zunächst einen Austausch mit den Mitgliedstaaten, den einschlägigen Filmfördereinrichtungen und mit der europäischen Filmindustrie an.

Die Mitteilung zur Filmwirtschaft aus dem Jahr 2001 enthält vier Kriterien für die Prüfung, ob eine staatliche Unterstützung für die Produktion von Kino- und Fernsehfilmen als rechtmäßige Beihilfe zur Förderung der Kultur und der Erhaltung des kulturellen Erbes im Sinne von Artikel 87 Absatz 3d) des EG-Vertrags betrachtet werden kann. Den Kriterien zufolge,

- muss die Beihilfe einem kulturellen Produkt zugute kommen,
- muss der Produzent mindestens 20 % des Produktionsbudgets in anderen Mitgliedstaaten ausgeben dürfen, ohne dass ihm die gewährte Beihilfe gekürzt wird (sog. Territorialisierung),
- muss die Beihilfeintensität in der Regel auf 50 % des Produktionsbudgets beschränkt sein und
- sind zusätzliche Beihilfen für besondere Filmarbeiten nicht erlaubt.

Die Kriterien waren noch bis zum 31. Dezember 2009 gültig. Im Anschluss an eine öffentliche Konsultation, die die Kommission im Oktober 2008 zu diesem Thema

eingeleitet hatte, beschloss sie, die Geltungsdauer bis zum 31. Dezember 2012 zu verlängern.

Die Europäische Union unterstützt die europäische Filmwirtschaft selbst über das Programm MEDIA 2007; für den Zeitraum 2007-2012 wurden insgesamt 755 Mio. € für die Bereiche Ausbildung, Entwicklung und grenzüberschreitender Vertrieb europäischer Filme zur Verfügung gestellt. Neun von zehn europäischen Filmen werden dank der MEDIA-Förderung außerhalb des Landes gezeigt, in dem sie produziert wurden.

Weitere Informationen (englisch):

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/33&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Neuer Literaturpreis der Europäischen Union

Die Europäische Kommission hat im Dezember 2008 beschlossen, einen Preis der Europäischen Union für zeitgenössische Literatur einzuführen. Zweck dieses Preises ist es, die Kreativität und den Reichtum des zeitgenössischen europäischen Literaturschaffens hervorzuheben, die Verbreitung von Literatur innerhalb Europas zu fördern und mehr Interesse für literarische Werke aus anderen Ländern zu wecken. Die erste Preisverleihung soll im Herbst 2009 stattfinden.

Der europäische Buchhändlerverband „European Booksellers Federation“, der europäische Schriftstellerkongress „European Writers' Congress“ und der europäische Verlegerverband „Federation of European Publishers“ haben sich zusammengeschlossen, um die Auswahl und die Preisverleihung zu organisieren.

Mit dem Europäischen Preis für zeitgenössische Literatur werden in den Jahren 2009, 2010 und 2011 aufstrebende Talente der zeitgenössischen Literatur (Belletristik) aus den einzelnen Teilnehmerländern ausgezeichnet. Der Zweck des Preises besteht darin, ein breites europäisches Publikum anzusprechen, neue Talente zu entdecken und auf ihre Werke insbesondere außerhalb ihres Heimatlandes aufmerksam zu machen. Der Preis bildet einen Ausgangspunkt für den interkulturellen Dialog und eine Gelegenheit, Kulturakteure des Buchsektors aus ganz Europa zusammenzubringen.

Außerdem wird eine anerkannte Persönlichkeit der europäischen Literaturszene benannt, die ein Jahr lang die Rolle des „Europäischen Botschafters für Literatur“ übernehmen wird.

Der Preis wird mithilfe des Programms „Kultur“ der Europäischen Union finanziert. Dieses Programm unterstützt grenzübergreifende Projekte der kulturellen Zusammenarbeit, in die Akteure aus mindestens drei verschiedenen, am Programm teilnehmenden Ländern eingebunden sind. Es bietet ferner besondere Unterstützung für die Übersetzung literarischer Werke und steht allen Kultursektoren außerhalb des audiovisuellen Bereichs, für den ein separates Programm eingerichtet wurde, offen.

Weitere Informationen

...zum Preis:

http://ec.europa.eu/culture/our-programmes-and-actions/doc627_de.htm

...zum Programm „Kultur“:

http://ec.europa.eu/culture/index_de.htm

Urban Atlas - Digitaler Städte-Atlas steht zur Verfügung

Die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten haben einen ersten umfassenden, digitalen Städte-Atlas (Urban Atlas) erstellt. Der Urban Atlas ist dabei in die Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung (GMES) eingebunden, die vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) mit 1 Mio. € finanziert und in enger Abstimmung mit den Nationalen Statistischen Ämtern aller EU-Mitgliedstaaten verwaltet wird.

Die Landkarten des Städte-Atlas umfassen eine gesamteuropäische Systematik städtischer Gebiete und ermöglichen die Gewinnung vergleichbarer Daten über die Siedlungsdichte in Wohngebieten, Gewerbe- und Industriegebieten, über Grünflächen und Überschwemmungsgebiete sowie die Überwachung der Ausbreitung der Städte, die für die Planung öffentlicher Verkehrsmittel in Vorstadtbereichen von großer Bedeutung ist. Das neue Instrument ermöglicht so die Erstellung detailreicher digitaler Karten sowie darauf basierend die Bewertung und Abschätzung von Risiken – von den Auswirkungen des Klimawandels bis hin zur Ermittlung neuen Bedarfs an Infrastruktureinrichtungen. Durch die Nutzung von Größenvorteilen sinken die Kartierungskosten je km² auf 2,45 € (maximal ein Zehntel der Kosten anderer Kartierungsverfahren).

Im Städte-Atlas sind alle Hauptstädte der EU und eine große Stichprobe von Großstädten und mittelgroßen Städten erfasst, die am europäischen Städteaudit „[Urban Audit](#)“ teilgenommen haben (Datenerhebung in über 300 Städten in der EU). In diesem Jahr werden 185 Städte aus den 27 EU-Mitgliedstaaten die Daten nutzen können. Bis 2011 sollen alle Städte in der EU in diesem Städte-Atlas erfasst werden. Für die Zukunft ist zur Ergänzung des „Urban Audit“ alle drei bis fünf Jahre eine Neuauflage des „Urban Atlas“ geplant.

Weitere Informationen (Englisch):

<http://www.urbanaudit.org/index.aspx>

Ausschuss der Regionen

78. Plenartagung des Ausschusses der Regionen

Im Rahmen der 78. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR), die am 12. und 13. Februar 2009 in Brüssel stattfand, wurden insgesamt 12 Stellungnahmen beschlossen. Im Zentrum standen Stellungnahmen zum Binnenmarkt (Dienst-

leistungen von allgemeinem Interesse) und zum Verkehrssektor (Ökologisierung des Verkehrssektors) sowie zur Agrarpolitik (Qualität von Agrarerzeugnissen) und zur Strukturpolitik (Territoriale Kohäsion). Weitere Stellungnahmen bezogen sich auf Fragen der Migration und Integration. Ein wesentlicher Teil der Debatte bezog sich auf Fragen der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise, wobei der KMU-Politik (Small Business Act) besondere Aufmerksamkeit zuteil wurde.

Neben der Behandlung von Stellungnahmen war auch diese Plenartagung durch eine Reihe von Gastbeiträgen geprägt: Der tschechische Minister für regionale Entwicklung, Cyril Svoboda, erläuterte das Programm zum tschechischen EU-Ratsvorsitz und Energiekommissar Andris Piebalgs diskutierte mit den AdR-Mitgliedern über den besonderen Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Verwirklichung klimapolitischer Ziele. Darüber hinaus äußerte sich die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Margot Wallström, zur Kommunikationsstrategie der Kommission im Hinblick auf die kommenden Europawahlen.

Die im Rahmen der 78. Plenartagung verabschiedeten Stellungnahmen und Entschlüsse können unter ripke@bremen.be angefordert werden.

Sitzung der AdR-Intergroup „Nordsee – Ärmelkanal“

Am Rande der 78. AdR-Plenartagung traf sich die Intergroup „Nordsee – Ärmelkanal“ zu ihrer konstituierenden Sitzung. Der von den bremischen AdR-Mitgliedern initiierte interregionale Zusammenschluss verfolgt das Ziel, sich in Zukunft gezielt für die Interessen der Nordseeregionen sowohl im AdR als auch gegenüber den anderen europäischen Institutionen einzusetzen. Zu den Anliegen der Intergroup zählen u.a. der Küstenschutz, die nachhaltige Nutzung der Meere, die Offshore-Windenergie und die saubere Schifffahrt. Der Intergroup gehören mittlerweile 26 Regionen aus sieben EU-Mitgliedsstaaten an, wobei u.a. Frankreich, Schweden, Großbritannien, Dänemark und die Niederlande vertreten sind.

Neben inhaltlichen Punkten stand vor allem die Wahl des Präsidiums auf der Tagesordnung der Sitzung. Die Mitglieder der Intergroup wählten hierbei den Bürgerschaftsabgeordneten Dr. Hermann Kuhn zu ihrem Vorsitzenden. Anschließend wurde das Arbeitsprogramm für das Jahr 2009 verabschiedet und die Teilnahme an den diesjährigen Open Days (05.-09. Oktober 2009) beschlossen, wo sich die Intergroup erstmals einer breiteren Öffentlichkeit präsentieren wird.

Redaktion

Über Ihre Anregungen zu den EU-INFORMATIONEN und eigene Beiträge freuen wir uns. Wir bitten bereits jetzt um Ihr Verständnis für mögliche Textkürzungen oder –änderungen, wenn diese aus redaktionellen Gründen unvermeidlich sind.

Bitte richten Sie Ihre Beiträge an:

Hans-Joachim Schröder
Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
Abteilung Europa und Entwicklungszusammenarbeit
Ansgaritorstr. 22
28195 Bremen

Tel.: +49 421 361-8532

Fax: +49 421 496-96877

E-Mail: Hans-Joachim.Schroeder@europa.bremen.de

Internet: www.europa.bremen.de

Ältere Ausgaben der EU-INFORMATIONEN sind unter obiger Internet-Adresse im Archiv zu finden.

Bereich Europa

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs Europa in Brüssel und Bremen sind unter folgenden Tel.-Nr. bzw. E-Mail-Adressen zu erreichen:

Name/Zuständigkeit	Telefon	E-Mail
Christian Bruns Leiter der Vertretung bei der EU und Leiter der Abt. EU u. Entwicklungszusammenarbeit	+32 2 230-2765	Vertretung@Bremen.be
Büro Brüssel		
Ulrike Westphal Sekretariat	+32 2 230 2765	Vertretung@Bremen.be
Marta Giammario Projektassistenz f. d. Veranstaltungsplanung	+32 2 282-0075	Giammario@Bremen.be
Dr. Frank Castenholz Inneres, Justiz, Kultur, Sport, Erweiterung EU, GASP, Medienpolitik	+32 2 282-0072	Castenholz@Bremen.be
Gerlind Schütte Wirtschaft, Häfen, Finanzen, Entwicklungszus.arbeit	+32 2 282-0078	Schuette@Bremen.be
Renate Lürssen Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales	+32 2 282-0077	Luerssen@Bremen.be
Dr. Martina Hilger Wissenschaft, Forschung, Technologie, Informationsgesellschaft	+32 2 282-0073	Hilger@Bremen.be
Constanze Ripke Bildung, AdR, Veranstaltungen in der Vertretung	+32 2 282-0076	Ripke@Bremen.be
Torsten Raff Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung	+32 2 282-0070	Raff@Bremen.be
Büro Bremen		
Claudia C. Arndt Sekretariat u. Verwaltung	+49 421 361-4238	Claudia-Carola.Arndt@europa.bremen.de
NN AdR, EU-INFORMATIONEN, Dante-Dienst	+49 421361-14079	
Hans-Joachim Schröder EMK, Brem. Bürgerschaft, Arbeitskreis EU-Ref., Dienstaufsicht. am Bremer Sitz der Abteilung	+49 421 361-8532	Hans-Joachim.Schroeder@europa.bremen.de
Dr. Katja Eichler Europapol. Informations- u. Öffentlichkeitsarbeit, EU- bez. Lehrerfortbildung, Fortbildung z. Verbesserung d. Europafähigkeit d. bremischen Verwaltung	+49 421-361-10841	Katja.Eichler@europa.bremen.de
Horst Seele-Liebetanz Interreg. Kooperation, Neue Hanse Interregio (NHI), Fördermittelberatung,	+49 421 361-8995	Horst.Seele-Liebetanz@europa.bremen.de
Heide-Lore Swiecikowski Leitung EuropaPunktBremen, „Europawoche“, Europa- recht, Mediale Präsentation d. Bereichs Europa	+49 421 361-15682	Heide.Swecikowski@europa.bremen.de